

*Kurt Gossweiler*

## **FASCHISMUS UND HERRSCHENDE KLASSE GESTERN UND HEUTE**

In Berlin haben die "Reps" - die neonazistischen "Republikaner" - beim Berliner Verwaltungsgericht Klage dagegen geführt, vom Verfassungsschutz und in dessen Bericht als rechtsextreme Organisation aufgeführt zu werden. Dies sei verfassungswidrig, da sie, die Republikaner, nur sagten, was auch von den staatlichen Vertretern - von Kanther bis zum Innenminister Schönbohm - ebenfalls gesagt werde. Dies konnte das Gericht nicht widerlegen. Es entschied folglich entsprechend dem Reps-Antrag (laut Meldungen der Berliner Presse vom 1. September 1998).

### **Was ein Urteil erkennen lässt**

Es liegt natürlich nahe, in diesem Urteil ein weiteres Zeugnis der rechtsäugigen Blindheit der bundesdeutschen Dame Justiz zu sehen. Aber würde man damit dem Gericht nicht Unrecht tun? Muss man ihm nicht vielmehr dankbar sein dafür, dass es gerichtsnotorisch gemacht hat, wer die eigentlichen Ideen- und Parolenspender der Ausländerhetze der Neonazis sind - nämlich führende Repräsentanten der Kanzlerpartei?

Die Berliner Richter kommen mit ihrem Urteil der Bestätigung einer Grunderkenntnis der marxistischen Faschismusforschung nahe, nämlich der, dass der heute beschönigend nur als "Rechtsextremismus" apostrophierte Faschismus nur in extrem brutaler Form ausspricht und praktiziert, wohin konservativ-großbürgerliche Kreise - mitunter auch als reaktionärste Kreise des Finanzkapitals bezeichnet - tendieren. Der Spruch der Berliner Richter beinhaltet auch unausgesprochen eine Schlussfolgerung für den wirksamen Schutz der schützenswerten demokratischen Grundgesetzartikel: Wer im Treiben der "Rechtsextremen" eine Gefahr für ihren Bestand erkennt, der muss sie erst recht im Wirken der führenden Regierungsparteien erkennen. Denn in der Tat sind alle bisher erfolgten Beschneidungen der Grundrechte - von den Notstandsgesetzen bis zum Großen Lauschangriff - von den Regierungsparteien ausgegangen. Übrigens ganz so, wie in der Vergangenheit die Beseitigung der in revolutionären Umbruchzeiten - wie 1918/19 und 1945-1949 - von der Großbourgeoisie entrissenen sozialen und politischen Zugeständnisse an das Volk immer von den Herrschenden ausging.

Das ist auch der Grund dafür, weshalb die Bezeichnung der Vorgänge um den 30. Januar 1933 als "Machtergreifung" durch die Hitlerfaschisten, wie sie immer wieder sogar im sozialistischen und kommunistischen Publikationen zu finden ist, grundfalsch und nichts anderes ist, als die gedankenlose Übernahme nazifaschistischer Terminologie. Weder 1922 in Italien durch Mussolini und seine faschistische Partei noch 1933 in Deutschland durch Hitler und seine NSDAP fand eine "Machtergreifung" statt; vielmehr wurde in beiden Fällen von den Herrschenden und ihren Repräsentanten - dem König in Italien, dem Reichspräsidenten in Deutschland - die Macht an die Faschistenhäuptlinge und ihre Parteien *übertragen*. 1922 an die Mussolini-Faschisten, damit sie endlich durch die gewaltsame Niederwerfung der italienischen Arbeiter und Bauern Schluss machten mit den revolutionären Unruhen; 1933 in Deutschland, damit die Hitlerfaschisten im Innern und nach außen den Weg frei machten für den lange geplanten zweiten "Griff nach der Weltmacht" des deutschen Imperialismus.

Wenn die Unternehmerverbände und ihre Bundesregierung ihre Attacken gegen die von den Arbeitenden nach 1945 erkämpften sozialen Rechte und Sicherungen bis 1989/90 nur zaghaft und vorsichtig vortrugen, dann in erster Linie deshalb, weil ihnen die Existenz der Deutschen Demokratischen Republik nicht erlaubte, ihrer Raubtiernatur so offen freien Lauf zu lassen, wie sie das nach Beseitigung der DDR immer ungenierter und brutaler tun.

Anders als 1932 bedürfen sie heute indessen keiner faschistischen Diktatur, weil durch den Sieg der Konterrevolution über die DDR, die Sowjetunion und alle sozialistischen Länder Europas die antiimperialistischen Kräfte aufgesplittert, desorientiert, zu einem großen Teil entmutigt und demoralisiert und deshalb - zur Zeit jedenfalls - zu keinem wirkungsvollen Widerstand, geschweige denn zum Gegenangriff fähig sind.

In der gegenwärtigen Situation ist darum für die deutsche Großbourgeoisie zwar wie eh und je die Existenz faschistischer Organisationen unverzichtbar, sind diese doch seit Beginn der zwanziger Jahre integraler Bestandteil des politischen Waffenarsenals des Imperialismus und haben doch in der Bundesrepublik - trotz der völkerrechtlichen Verpflichtung zu ihrer Nichtzulassung - von den Anfängen ununterbrochen nazistische Parteien legal existiert und wirken heute sogar in dreifacher Ausfertigung in Gestalt der NPD, der Republikaner und Freys "Deutscher Volksunion" DVU. Jedoch eine faschistische *Massenpartei*, wie es die NSDAP war, oder gar die Übergabe der Macht an eine solche, das ist für die Herrschenden heute nicht nur nicht nötig, es würde den Zusammenschluss der Völker Europas gegen die neue, von Deutschland ausgehende Gefahr und damit das Ende der mit der D-Mark auf "friedlichem" Wege erreichten Vormachtstellung Deutschlands zur Folge haben.

Daher die bislang erfolgreich praktizierte Politik, die "rechtsextremen" Parteien wohlwollend und privilegiert, polizeilich vor den Antifaschisten geschützt, agieren zu lassen, zugleich aber mit all den vielen Möglichkeiten darauf hinzuwirken, dass sie bei Wahlen keine im Ausland Alarmstimmung auslösenden Ergebnisse erzielen. In den Wochen vor der Bundestagswahl 98 ist aber immer wieder die bange Sorge in den großbürgerlichen Medien unübersehbar, ob diese Regie auch diesmal erfolgreich funktioniert; und in den TV-Sendungen nach den bayrischen Landtagswahlen war den Gesichtern der Herren Stoiber, Kohl und Hintze die Erleichterung abzulesen, dass es auch diesmal wieder gelungen war, so viele bayrische Nazis zu veranlassen, ihre Kreuze ins CDU-Feld zu setzen, dass ihre Partei unter den fünf Prozent blieb.

### **Rechtsextreme im politischen System der BRD**

Wozu aber werden die "rechtsextremen" Parteien von den Herrschenden überhaupt noch gebraucht? Welche Funktion haben sie noch im politischen System der Bundesrepublik?

**Erstens** braucht man sie für die Kanalisierung der vorhandenen und unvermeidlich anwachsenden Unzufriedenheit und des Protestes von unten in "rechte" Bahnen. Die potentiell systemgefährdende Sprengkraft des sozialen Protestes soll in systemstabilisierende Gewalt gegen Linke und gegen jene Minderheiten - unerwünschte Ausländer, Asylsuchende, Obdachlose - die von den staatlichen Ordnungshütern ins Visier genommen sind, umgewandelt werden.

**Zweitens** braucht man sie für die ideologische Vorbereitung der Bevölkerung zur widerstandslosen Hinnahme der fortschreitenden Demontage der bürgerlich-demokratischen Rechte. Man braucht die lautstarken Rufe der Neonazis nach "Wiederherstellung der Ordnung

und Sicherheit" und "Durchgreifen gegen die organisierte Kriminalität", nach einem starken Staat, der, wie bei Hitler, wieder "Ordnung schafft" und seine "deutschen Bürger schützt".

**Drittens** braucht man sie zur Präparierung der öffentlichen Meinung für die Zustimmung zur zunehmend expansiven und kriegstreibenden Politik der Bundesregierung. Dieses Gremium schreibt schon ganz unverhohlen fremden Regierungen - wie etwa der jugoslawischen - vor, was sie zu tun und zu lassen haben und droht im Weigerungsfalle mit militärischer Intervention - natürlich im NATO-Auftrag und zur "Sicherung oder Wiederherstellung des Friedens", was denn sonst!

Aus einem Wahlflugblatt der NPD Sachsen lässt sich sehr schön ablesen und nachweisen, wie genau diese Partei in der Tradition der NSDAP die Interessen der Herrschenden bedient, indem sie sich den Anschein gibt, diese zu bekämpfen. Das Flugblatt hat folgenden Wortlaut:

"Die NPD (Nationaldemokratische Partei Deutschlands) ist eine moderne und revolutionäre Partei, die sich im Interesse aller anständigen Deutschen der Zerstörung unseres Landes durch die Politiker des internationalen Großkapitals entgegenstellt. Die Politik der Bundesregierung bewerten wir als kapitalistischen Extremismus und Fundamentalismus. Sie ist im Wesen gegen das deutsche Volk gerichtet. Wir sind eine antiimperialistische Partei und solidarisch mit allen Völkern, die sich im Abwehrkampf gegen den verbrecherischen US-Imperialismus und seine Helfershelfer befinden. In der Tradition der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung stehend und in der Geschichte des deutschen Volkes verwurzelt, wenden wir uns gegen alle volks- und kulturzerstörenden Maßnahmen der EU-Administration, der Bundesregierung und der Landesregierung. In den Kommunen erleben wir mit Zwangsprivatisierungen, Ausgliederungen von Dienstleistungen, Schließung kommunaler Einrichtungen, Abstoßen kultureller Institutionen und Massenentlassungen unter den einfachen Mitarbeitern die Folgen einer radikal kapitalistischen Politik. Es ist unser erklärter politischer Wille, ein politisches Bollwerk gegen den globalen Internationalismus des Großkapitals zu sein und gegen Zerstörung der über Jahrhunderte gewachsenen deutschen Nation und ihrer Kultur. Dabei gehört zu unseren kurzfristigen politischen Zielen, Deutschland nicht zu einem multiethnischen Kampfgebiet zur Fürsorgestelle von Abenteuern aus aller Welt und Tummelplatz des organisierten Verbrechens werden zu lassen! Wir bieten allen Personen und Parteien Partnerschaft und Aktionsgemeinschaft an, die gegen den volksfeindlichen und profitorientierten Kurs der Banken, Versicherungen und Großunternehmen stehen.

Unser natürlicher Partner ist, wer gegen die Herrschaft des internationalen Kapitals in Form von EU und NATO ist, den Einfluss der Banken, Versicherungen und Großunternehmen auf die Politik für verderblich ansieht, die weitere Monopolisierung der Wirtschaft und die Schädigung der Klein- und Mittelbetriebe ablehnt, gegen die Privatisierung des öffentlichen Eigentums und kommunaler Leistungen ist und wer nicht bereit ist, die international betriebene Zerstörung der deutschen Kultur und Mentalität hinzunehmen.

Deshalb sehen wir unseren unmittelbaren Gegner in den Führungsmannschaften von CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen. Da auch die Führungskräfte der Republikaner, der DVU und anderer Gruppen an die Seite der Parteien des Großkapitals gerückt sind und sich mit diesen Parteien einem bösartigen Antikommunismus gegen die Bürger der Ex-DDR einig sind, sehen wir keine politische Gemeinschaft mit ihnen.

Mit Sorge erfüllt uns, dass sich Tendenzen in der Führung der PDS ausbreiten, sich dem politischen Geschäftsgebaren der Altparteien anzupassen, ihre Wähler zu verraten und sich immer abwertender zur Geschichte der DDR zu äußern.

Wir Mitglieder der NPD Sachsen stehen zur ganzen deutschen Geschichte und auch zur Geschichte der DDR. Die Mehrheit unserer Mitglieder ist im 8. Jahr des Beitritts der DDR zur BRD der Meinung, dass die DDR das bessere Deutschland war. Wir wollen deshalb die positiven Erfahrungen aus der DDR in die deutsche Politik einbringen.

Unsere Partei ist deshalb offen für alle Bürger, und wir fordern ehemalige Hoheitsträger und Führungskräfte der DDR auf, in unserer Partei mit ihrer Sachkunde und ihrem politischen Kritikvermögen zu wirken.

Schluss mit der Diskriminierung der Sachsen durch die westdeutsche Landesregierung in Dresden! Wir sind die Partei für Deutschland und die Deutschen. Für eine neue Nationale Front des demokratischen Deutschland in Sachsen!"

Wie sehr dieses Flugblatt in der Tradition der Nazidemagogie steht, wird deutlich an folgenden Beispielen aus der Propagandaküche der Hitlerpartei.

Joseph Goebbels in einer Propagandabroschüre von 1926 "Der Nazi-Sozi": "Woher wollen wir die sittliche Berechtigung nehmen, gegen den proletarischen Klassenkampf anzurennen, wenn nicht zuerst der bürgerliche Klassenstaat grundsätzlich zertrümmert und abgelöst wird durch eine neue sozialistische Gliederung der deutschen Gemeinschaft". (Zitat nach Kurt Gossweiler, Aufsätze zum Faschismus, Berlin 1988, S. 456)

Gregor Strasser im Juli 1927 in einem Artikel: "Wir sind Sozialisten, sind Feinde, Todfeinde des heutigen kapitalistischen Wirtschaftssystems mit seiner Ausbeute der wirtschaftlich Schwachen, mit seiner Ungerechtigkeit der Entlohnung, mit seiner unsittlichen Wertung der Menschen nach Vermögen und Geld statt nach Verantwortung und Leistung, und wir sind entschlossen, dieses System unter allen Umständen zu vernichten." (ebenda)

Schließlich ein Flugblatt der NSBO zu den Septemberwahlen des Jahres 1932: "Jede Gegenwehr der durch die letzte Notverordnung des Herrn von Papen aufs tiefste verelendeten Volksgenossen ist nicht nur moralisch, sondern auch wirtschaftlich berechtigt. Darum stellt sich die Nationalsozialistische Betriebszellen-Organisation in diesem Kampf an die Spitze der deutschen Arbeiterschaft. ...Bei dieser Abwehr verzichten wir auch nicht auf den Streik. ...Das ist unser Streik gegen Papen und seine Hochfinanz! ...Angesichts des Versagens der Gewerkschaften haben wir die Führung im Kampf übernommen." (ebenda S. 462)

In Geheimgesprächen mit seinen kapitalistischen Sponsoren erläuterte Hitler den Sinn solch radikaler Nazi-Sprüche am 28. Februar 1926 vor Hamburger Bankiers, Werftdirektoren und Großkaufleuten, deren Hamburger Nationalclub von 1919 ihn eingeladen hatte. Originalton Hitler: "Diese breite, sture Masse, die vernarrt, verbohrt für den Marxismus kämpft, ist die einzige Waffe für die Bewegung, die den Marxismus brechen will....Wenn eine Bewegung aber an die breite Masse appellieren will, in der Erkenntnis, dass man nur mit ihr allein das machen kann, tritt das große Recht in Erscheinung, dass dann jedes Mittel zu verantworten ist, das zum Ziel führt."(ebenda S. 473)

Und nochmals Hitler: Als er am 19. September 1932 in den Verhandlungen Hindenburgs mit den Parteiführern ebenfalls zu einer Unterredung mit dem Reichspräsidenten geladen worden war, und Hindenburg ihn vorwurfsvoll fragte, "warum die nationalsozialistische Bewegung sich bei dem Berliner Verkehrstreik beteiligt habe", erwiderte Hitler: "Die Leute sind sehr erbittert. Wenn ich meine Leute von der Beteiligung abgehalten hätte, hätte der Streik doch stattgefunden, aber ich hätte meine Anhänger in der Arbeiterschaft verloren." (ebenda S. 68)

Soviel zur Klarstellung darüber, welchen Vorbildern die "revolutionäre", "antikapitalistische" und "antiimperialistische" Phraseologie des NPD-Flugblattes folgt.

Es fällt auf, dass diese "revolutionäre" Phraseologie des NPD-Flugblattes in auffälliger und ungewohnter Weise von dem bisher von der NPD Gewohnten abweicht. In diesem Flugblatt fehlen die sonst bei ihr wie bei den Reps und der DVU vorherrschenden nationalistischen Hetzparolen fast völlig, und die wenigen nationalistischen Töne gehen fast unter in der dick aufgetragenen "antikapitalistischen" Kraftmeierei. Das dürfte einmal damit zu erklären sein, dass die Verfasser der infolge der Massenarbeitslosigkeit und dem rigorosen Sozialabbau zugespitzten sozialen Konfliktsituation Rechnung tragen wollten; vor allem aber haben sie offenbar ein gutes Gespür dafür, dass für die "Ossis" die Grundwerte "Soziale Gerechtigkeit" und Existenzsicherheit als DDR-Prägung eine ganz andere Bedeutung besitzen als für ihre westlichen "Brüder und Schwestern" und dass sie deshalb die soziale Kälte, die mit "realem Kapitalismus" über sie gekommen ist, viel schärfer und schmerzhafter empfinden als diese.

Besonders bemerkenswert ist, wie die NPD das gemeinsame Anliegen aller altbundesdeutschen Parteien, nämlich, einen erneuten Einzug der PDS in den Bundestag zu verhindern, wahrnimmt: Während CDU/CSU, FDP, SPD und Grüne verhindern wollen, dass mit ihnen Unzufriedene diesmal ihre Stimme der PDS geben, indem sie diese als Nachfolgepartei der SED und somit als unwählbar zu brandmarken suchen, zielt die NPD auf die mit dem Anpassungskurs ihrer Führung unzufriedenen PDS-Mitglieder und Sympathisanten, und dies keineswegs ungeschickt. Wenn dieses Flugblatt und diese Wahlstrategie der NPD die Genossen Bisky und Gysi und andere zum Nachdenken darüber veranlassen würde, auf die Mühlen welcher Kräfte sie mit ihren DDR-Verunglimpfungen und den unsäglichen "Entschuldigungen" das Wasser leiten, dann hätte dieses Flugblatt sogar eine positive Wirkung. Als letzte Bemerkung zu diesem Flugblatt: Beachtung verdient auch, dass die NPD sich mit ihren Aktionen gegen die Reps und die DVU genau in die erwähnte Strategie der Herrschenden einfügt, das braune Potential nie in seiner tatsächlichen Größe in Erscheinung treten zu lassen.

### **Wie groß ist dieses Potential tatsächlich? Und vor allem: Welche Gefahr geht von ihm aus?**

Es ist auf jeden Fall beträchtlich größer, als in den Wahlergebnissen zum Ausdruck kommt. Welche Gefahr von ihm ausgeht, davon zeugen die vielen Opfer der Untaten der Neo-Braunen: die von ihnen Angezündeten, die Tot- und zum Krüppel geschlagenen und geschossenen, die terrorisierten Bürger in den von ihnen zu "national befreiten Zonen" erklärten Stadtvierteln. Sie gewähren zu lassen, bedeutet, den Terror faschistischer Schlägerbanden und die "Erziehung" Jugendlicher zu kaltblütigen Totschlägern staatlich zu konzessionieren. So schlimm, unerträglich und nicht zu dulden dies alles ist, es darf nicht vergessen lassen, dass die Errichtung einer faschistischen Diktatur erst dann zur realen Gefahr wird, wenn die Herrschenden sie wollen.

Sie haben indessen aus zwei katastrophal daneben gegangenen Versuchen, sich gewaltsam zum Herren Europas zu machen, gelernt, dass man den anderen Weg gehen muss, die anderen zu zwingen, der überlegenen Wirtschaftsmacht Deutschland auch eine politische Führungsrolle einzuräumen. Schon 1916 hat Lenin vorausgesagt: "Unter kapitalistischen Bedingungen können "Vereinigte Staaten Europas" nur auf der Grundlage der Verteilung der Macht und des Einflusses entsprechend dem eingebrachten Kapital entstehen.

Die schwächeren europäischen "Partner" Deutschlands haben nur die Wahl zwischen der Aufrechterhaltung der europäischen Vielstaaterei und dem wirtschaftlichen und später auch politischen Zusammenschluss zu einer dem Wirtschaftsriesen USA und den ostasiatischen Konkurrenten ebenbürtigen Wirtschaftsmacht, was jedoch ohne Akzeptanz der deutschen Hegemonie nicht zu erreichen ist.

Deshalb bedarf heute das deutsche Finanzkapital keines Faschismus, um seine Hegemonie über das "vereinte" Europa zu errichten - das wäre vielmehr das alleruntauglichste Mittel.

Das heißt aber ganz und gar nicht, dass in einer Europa-Union nicht Krisensituationen eintreten könnten, zu deren Meisterung die Regierenden kein anderes Mittel mehr sehen, als die Abschaffung jeglicher demokratischer Rechte und die Errichtung einer - natürlich "modernen", mit den neuesten technischen Mitteln der Massenbeobachtung und -beherrschung ausgerüsteten - neofaschistischen Diktatur.

Sollte MAI - das berüchtigte "Multilaterale Investitions-Abkommen" - tatsächlich abgeschlossen werden, dann könnte so etwas sogar in einer nicht mehr allzu fernen Zukunft Wirklichkeit werden. Und der Versuch dazu wäre um so aussichtsreicher, je schwächer der Kampf gegen neofaschistische Kräfte heute und morgen geführt worden ist. Solange es Imperialismus gibt, ist die Gefahr des Faschismus gegeben. Über die Möglichkeit einer Wiederkehr des Faschismus an der Macht wird schon heute mit entschieden.

### **Was man tun kann und tun muss**

Deshalb ist die Frage, was man tun kann und tun muss, um den weiteren Vormarsch der Neonazis zu stoppen und ihre gesellschaftliche Ächtung zu erreichen, eine der dringendsten Fragen für jeden Antifaschisten und Demokraten.

Sie stand denn auch mit im Mittelpunkt des Podiumsgesprächs am 13. September in Berlin am Tage der Erinnerung, Mahnung und Begegnung dieses Jahres. Dort wurden dazu bedenkenswerte Vorschläge unterbreitet: es müsse eine öffentliche Meinung der entschiedenen Ablehnung gegen rechtsextremistische Gedanken, Haltungen und Handlungen geschaffen werden durch breiteste Aufklärung darüber, was Faschismus sei, welches Unglück er über das deutsche Volk und die ganze Welt gebracht habe; Aufklärung vor allem der Jugendlichen, aber auch aller, die mit ihrer Erziehung zu tun haben, von den Eltern über die Erzieher in den Kindergärten, die Lehrer, bis zu den Sportfunktionären und sogar den Ausbildern in der Bundeswehr.

Was nach meiner Meinung in dem anregenden Podiumsgespräch - trotz Kälte harrten die meisten Zuhörer bis zum Schluss aus - zu kurz kam, war die Frage nach den Verhältnissen, die dazu führen, dass Jugendliche - aber nicht nur sie - für die Naziparolen empfänglich und zum

Mitmachen verführbar werden, und die Neigung zu Gewalt und Kriminalität immer mehr um sich greift.

Ich hatte den Eindruck, dass die einen eine Diskussion darüber, dass die Verhältnisse, wie Massenarbeitslosigkeit, Lehrstellenmangel und Perspektivlosigkeit eine entscheidende Ursache für die Verführbarkeit von Jugendlichen durch Nazis sind, nicht wollten, weil sie fürchteten, das könne als Entschuldigung für die nazistischen Gewalttaten betrachtet oder ins Feld geführt werden; andere wieder wollten diese Diskussion nicht, weil sie mit gutem Grund fürchteten, sie werde hinführen zu einer Kritik an den herrschenden politischen und ökonomischen Verhältnissen.

Aber es ist nun einmal eine Tatsache, dass es immer die vom Kapitalismus hervorgebrachten Krisen mit ihrem Massenelend waren und sind, die dem Faschismus die Anhänger zutreiben. Es ist deshalb eine blasse Illusion zu glauben, es genüge massive Aufklärung darüber, was Faschismus ist, um den Naziparolen und den Naziauftritten ihre Attraktivität zu nehmen. Wirkungsvoller Antifaschismus muss aufklärerisch und kämpferisch sein. Er muss aufklären darüber, was Faschismus ist, aber auch über die Verhältnisse, die ihn hervorbringen, begünstigen, fördern und über die Kräfte, die ihn gegebenenfalls an die Macht bringen - und wozu.

Wirkungsvoller Antifaschismus muss den kämpferischen Geist der antifaschistischen Widerstandskämpfer aus allen Lagern lebendig halten und weitergeben. Er muss diesem Geist dem gegenwärtigen "rechts-extremistischen", sprich faschistischen Terror eine entschlossene Abwehr entgegenstellen. Er muss aber weitergehen und den Kampf auch um die Beseitigung der Verhältnisse führen, die den Faschismus hervorbringen und wuchern lassen. Für diesen Kampf kann man viel von der DDR lernen!

*Geschrieben im September 1998, zuerst erschienen in Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der PDS Heft 10/1998, S. 20-27*